

Qualität in der Krise – Befindlichkeiten statt Fakten

8. BERLINER MEDIEN DISKURS

Diskussionen über die Qualität der aktuellen Berichterstattung führen schnell zu Kontroversen über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten und enden bei konträren Vorstellungen von den Aufgaben der Medien.

Jenseits dieser Argumentationslinie gibt es aber eine unstrittige Forderung: Die Leser, Hörer und Zuschauer sollen anhand der aktuellen Berichterstattung eine sachlich angemessene Vorstellung vom Geschehen entwickeln und im günstigen Fall daraus eigene Folgerungen ableiten können. Der Begriff „angemessen“ verweist darauf, dass es hier nicht um umfassende oder endgültige Sichtweisen geht, sondern um jene, die den verfügbaren Informationen entsprechen. Praktisch bedeutsam ist das vor allem bei Krisen, Konflikten und Gefahren, die die Mehrheit nicht aus eigener Anschauung kennt, die jedoch ihr Verhalten beeinflussen können.

Falls die Medien der Forderung nach einer sachlich angemessenen Berichterstattung gerecht werden, wird sich die Bevölkerung angesichts drohender Gefahren einigermaßen sachgerecht verhalten. Die Bevölkerung wird folglich auf große und akute Gefahren mit großen Ängsten und starken Verhaltensänderungen reagieren und nicht akute Gefahren vergleichsweise gelassen hinnehmen. Dies geschieht jedoch in Deutschland auffällig häufig nicht. Extreme Beispiele sind die Reaktionen auf das angebliche Waldsterben, die Reaktorkatastrophe bei Tschernobyl und die geplante Versenkung der Brent Spar, auf BSE, SARS und die Vogel-

grippe. Aktuelle Beispiele liefern die Reaktionen auf Dioxin in Tierfutter, die Reaktorkatastrophe bei Fukushima und EHEC.

In allen Fällen standen das Ausmaß der Ängste und Verhaltensänderungen in keinem sachlich angemessenen Verhältnis zum Geschehen, weil die realen Risiken im Vergleich zu anderen Risiken relativ gering waren. Allerdings entsprachen die Ängste und Verhaltensänderungen durchaus der Art der Berichterstattung. Zugleich unterschieden sich die massiven Ängste und Verhaltensänderungen in Deutschland auf bemerkenswerte Weise von den vergleichsweise gelassenen Reaktionen im Ausland, das in den meisten Fällen ähnlichen Risiken ausgesetzt war. Wie kann man das erklären? Neigen die Deutschen genetisch bedingt zur Hysterie? Oder leiten sie aus fragwürdigen Darstellungen falsche Folgerungen ab? Diese Problematik steht im Mittelpunkt des Impulsreferates.

Informationsmenge

„Die meisten Nachrichten sind falsch“ lautet der Titel einer Schrift des Publizisten Harry Pross aus den frühen siebziger Jahren. Seine Behauptung ist falsch. Die weitaus meisten Nachrichten sind richtig. Mit dieser empirisch belegbaren Feststellung könnte man die Sache auf sich beruhen lassen, wenn die viel zitierte Behauptung von Pross nicht den kritischen Blick in die falsche Richtung lenken würde. Eine bekannte aber nicht hinreichend erkannte Ursache der erwähnten Reaktionen ist nämlich die schiere Menge auch richtiger Berichte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

HANS MATHIAS KEPPLINGER

27. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mediendiskurs

Um dies zu erkennen muss man eine triviale Tatsache ernst nehmen: Angst ist selektiv. In Deutschland sterben mehr Menschen bei häuslichen Unfällen als bei Verkehrsunfällen. Trotzdem gehen alle ohne Angst ins Badezimmer und föhnen sich die Haare. Das und ähnliche Verhaltensweisen sind riskant aber unausweichlich, weil es kein Leben ohne Risiko gibt – und das ahnen wir auch. Wir können aber nur handeln, wenn wir die Masse der möglichen Gefahren ausblenden und uns auf jene konzentrieren, die uns aktuell massiv bedrohen oder zu bedrohen scheinen. Heute sind das vor allem die Gefahren, über die die Medien intensiv berichten. Dadurch machen sie für einige Zeit Risiken bewusst, die wir bei anderen Gefahren ausblenden. Dazu ein konkretes Beispiel.

Das Bundeskabinett und die Länderregierungen stimmten im Frühjahr 2006 der Föderalismusreform zu. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die Welt, die Frankfurter Rundschau und BILD brachten dazu 53 Beiträge. Der damalige SPD-Vorsitzende Platzeck trat überraschend zurück, was die erwähnten Blätter in 53 Beiträgen behandelten. Die Kultusministerkonferenz billigte die Rechtschreibreform, wozu sie 23 Beiträge brachten. Bei allen Entscheidungen handelte es sich um bedeutsame Vorgänge, die die Blätter intensiv behandelten. Überlagert wurde ihre Berichterstattung darüber jedoch von der Berichterstattung über die Vogelgrippe. Schon der Verdacht, dass sie Deutschland erreichen könnte, löste eine Welle von 220 Artikeln aus, der bei der Entdeckung des ersten erkrankten Tieres weitere 27 Artikel folgten. Demnach erschienen in den fünf Zeitungen 247 Artikel zur Vogelgrippe und ihren möglichen Auswirkungen in Deutschland – nicht gerechnet die zahllosen Beiträge in Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen sowie die ergänzenden Berichte über die Verbreitung der Vogelgrippe in anderen Ländern.

Die Masse dieser Beiträge verstellte nicht nur den Blick auf bedeutsame politische Entscheidungen, sondern lenkte alle Aufmerksamkeit auf eine mögliche Infektion, an der nach Angaben der WHO weltweit 323 Menschen gestorben sind, in Deutschland aber niemand. Dagegen sterben hierzulande

jährlich bis zu 20.000 Menschen an der üblichen Virusgrippe, vor der aber nur wenige Menschen Angst haben, weil die Medien darüber nur selten und knapp berichten.

Informationsmängel

Die Richtigkeit von Informationen ist keine hinreichende Voraussetzung dafür, dass man daraus rationale Folgerungen ableiten kann. Wer ein Risiko einschätzen will, braucht mindestens zwei Informationen – über das Ausmaß des Schadens und über seine relative Häufigkeit bzw. seine Eintrittswahrscheinlichkeit. Wer nur eine dieser Informationen hat, weiß nahezu nichts. Welche Informationen liefern die Medien?

Das erste BSE-Rind aus deutscher Zucht wurde am 24. November 2000 entdeckt. Am 6. Dezember wurde der BSE-Schnelltest angeordnet. Im gleichen Monat wurden in Deutschland 6 Rinder positiv getestet. Anschließend berichteten die meisten Medien in dichter werdenden Abständen über die wachsende Zahl der positiv getesteten Rinder. Vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Oktober 2005 waren es 378. Getestet wurden etwa 12,5 Millionen Rinder. Das entspricht 0,003 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Rind BSE-infiziert war, war folglich extrem gering.

Wie sah die Berichterstattung darüber aus? Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und Bild, der Spiegel, Stern und der Focus brachten innerhalb von vier Monaten nach der Einführung der Schnelltests 487 relevante Beiträge. Informationen über die Anzahl der getesteten Rinder oder über den Anteil der positiv getesteten an allen getesteten Rindern enthielt 1 Prozent der Beiträge. Daraus folgt, dass die Blätter nahezu nie jene Informationen publizierten, die ihre Leser für eine angemessene Beurteilung der Risiken benötigt hätten. Zu einem sachlich angemessenen Urteil und entsprechenden Handlungskonsequenzen waren sie demnach kaum in der Lage.

Eine Analyse der Berichterstattung über den Klimawandel von Marcus Maurer zeigt einen ähnlichen Befund. Die Frankfurter Allgemei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

HANS MATHIAS KEPPLINGER

27. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mediendiskurs

ne Zeitung, Bild und der Spiegel veröffentlicht über die 17 Weltklimakonferenzen von 1979 bis 2007 insgesamt 817 Beiträge. Die Folgen des Klimawandels thematisierten sie in 638 Beiträgen. Wie sicher erschienen die Prognosen? Drei Prozent der Beiträge enthielten die Behauptung, dass die Folgen eines Klimawandels generell nicht vorhersehbar sind. Weitere fünf Prozent wiesen darauf hin, dass es ungewiss ist, ob die prognostizierten Folgen eintreten. In der Masse der Beiträge – über 90 Prozent – fanden sich keine entsprechenden Informationen. Sie vermittelten, auch wenn das nicht ausdrücklich betont wurde, den Eindruck, die Folgen würden sicher eintreten.

Grundlage von Prognosen des Klimawandels sind u.a. Klimamodelle. Deshalb hängt die Einschätzung der Aussagekraft von Klimaprognosen auch von der Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Klimamodelle ab. Die Einschätzung ihrer Leistungskraft durch die deutschen Klimaforscher hat Senja Post 2006 und 2010 durch systematische Befragungen ermittelt. Die hier relevanten Fragen lauten: „Wie wird die Leistungsfähigkeit von Klimamodellen nach Ihrer Beobachtung in der Wissenschaft (bzw. ‚in den Medien‘) eingeschätzt?“ Nach Ansicht von 85 bzw. 82 Prozent der Klimaforscher wird ihre Leistungsfähigkeit in der Wissenschaft „überwiegend realistisch eingeschätzt“. Dagegen wird die Leistungskraft der Klimamodelle nach Ansicht von 74 bzw. 61 Prozent der Klimaforscher in den Medien „überwiegend überschätzt“. Ihr negatives Urteil hat sich folglich etwas aufgehellt, bleibt aber bestehen. Dass die Klimamodelle in den Medien „überwiegend realistisch eingeschätzt“ werden, meinten nämlich nur 7 bzw. 14 Prozent der Klimaforscher, was angesichts der erwähnten Präsentation von weitreichenden Folgerungen, die daraus abgeleitet werden, kaum verwundern kann.

Dramatisierungen

Die Darstellung vieler Krisen, Konflikte und Gefahren folgt einer immer wiederkehrenden Dramaturgie. Sie beginnt mit nüchternen Kurzmeldungen und steigert sich verbal und visuell zu einem künstlichen Drama, das nach seinem Höhepunkt in kurzer Zeit

in sich zusammenfällt. Besonders dramatisch verläuft diese Entwicklung bei den Boulevardmedien, die besonders drastische Ausdrücke und Bilder benutzen und deshalb von anderen Medien häufig kritisiert werden. Das Lieblingsobjekt ihrer Kritik ist die Bildzeitung, die allerdings vielfach nur als Sündenbock für ähnliche Mängel anderer Medien büßen muss. So berichtete die Mainzer Ausgabe der Rhein Main Presse am 23. Mai 2011 in einer nüchternen Kurzmeldung: „Lebensgefährlicher Darmkeim entdeckt“. Am 25. Mai titelte sie: „EHEC – die ersten Toten“. Am 26. Mai hieß die Überschrift auf Seite 1: „Immer mehr schwere EHEC-Fälle“. Am 28. Mai machte das Blatt mit der Schlagzeile auf: „EHEC breitet sich rasant aus“. In der Unterzeile war zu lesen, dass es „jetzt schon sechs Tote“ gab. Zum Vergleich: In dem Zeitraum von sechs Berichtstagen sterben in Deutschland nicht sechs sondern durchschnittlich 250 bis 500 Menschen an Infektionen, die sie sich in Krankenhäusern zugezogen haben. Davon war in den erwähnten Artikeln aber nichts zu lesen.

Einen Eindruck von der Wirkung derartiger Dramatisierungen gibt ein Experiment aus dem Jahr 2005 mit einem neutralen, einem dramatisierenden und einem relativierenden Artikel über BSE in Nordamerika. Die Artikel unterschieden sich nur durch ihren ersten und letzten Abschnitt. Der Mittelteil war gleich. Der neutrale Artikel präsentierte unter der Überschrift „BSE-Forschung brachte wenig Erkenntnisse. Die Wissenschaftler stehen auf vielen Gebieten erst am Anfang“ nüchterne Einschätzungen der Risiken. Der relativierende Artikel beschäftigte unter der Überschrift „BSE ist harmloser als vermutet. Neueste Untersuchungen zeigen, dass die Befürchtungen übertrieben waren“ mit den Warnungen im Jahr 2000. Im dramatisierenden Artikel hieß es unter der Überschrift „Das Thema BSE ist aktueller denn je. Die Rinderseuche erreicht nun auch den nordamerikanischen Kontinent“, die Rinderseuche sei zurück und möglicherweise überhaupt nicht mehr zu stoppen. Untersucht wurde u. a. der Einfluss der Berichte auf die Vorstellung davon, wieviel Prozent der in Deutschland getesteten Rinder mit BSE infiziert waren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

HANS MATHIAS KEPPLINGER

27. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mediendiskurs

Die Ergebnisse kann man zu zwei Feststellungen zusammenfassen. Erstens: Alle Versuchspersonen schätzten den Anteil der positiv getesteten Rinder mindestens 2.000mal größer ein als er tatsächlich war. Dies bestätigt die generelle Erkenntnis, dass alle Menschen zum Selbstschutz die Wahrscheinlichkeit von sehr seltenen Schadensfällen erheblich überschätzen. Zweitens: Die Leser des dramatisierenden Beitrags überschätzten den Anteil der positiv getesteten Rinder signifikant mehr als die Leser des neutralen und den relativierenden Beitrags. Ihre Schätzungen lauteten: 14,6 Prozent, 11,2 Prozent und 6,2 Prozent. Der tatsächliche Wert beträgt bekanntlich 0,003 Prozent. Bei der Interpretation dieser Werte ist zu beachten, dass die Schätzungen nicht die Folge wiederholter Sensationsberichte waren, sondern auf der Lektüre eines einzigen Beitrags beruhten.

Insenzierungen

Eine lange unstrittige Maxime der Journalisten, die von den meisten noch immer gebilligt, von einer wachsenden Zahl aber nicht mehr befolgt wird, lautet: Journalisten sind passive Beobachter. Sie sind Chronisten des Geschehens – nicht Akteure, die mit ihrer Berichterstattung bewusst in das Geschehen eingreifen oder durch ihre Berichterstattung zur Dramatisierung eines Geschehens beitragen, über das sie dann berichten. Beide Praktiken nehmen seit einigen Jahren zu.

Gehäufte Versuche, durch gezielte Stimmungsmache den Ablauf des Geschehens zu beeinflussen gibt es vor allem bei der Gerichtsberichterstattung – etwa während der Prozesse gegen die angeblichen Wormser Kinderschänder, gegen den mutmaßlichen Mörder Jakob von Metzlers und gegen den so genannten „Autobahnraser“. Ein aktuelles Beispiel ist die Stimmungsmache einiger Journalistinnen und ihrer Medien für und gegen Staatsanwälte, Verteidiger und Richter im Kachelmann-Prozess sowie für und gegen die Nebenklägerin und mehrere Gutachter bereits im Vorfeld ihrer Aussagen vor Gericht. Das Ziel der Aktivistinnen bestand unverhohlen darin, den Verlauf und Ausgang des Verfahrens zu beeinflussen.

Gehäufte Versuche, durch tagelang wiederholte Ankündigungen ein Geschehen in Schwung zu bringen, gibt es vor allem im Vorfeld von Protestaktionen. Charakteristisch hierfür sind gezielte Hinweise darauf, was, wann und wo stattfinden wird. Sie erleichtern nicht nur den entschlossenen Protestierern die Planung, sondern liefern den Unentschlossenen eine zusätzliche Motivation und verheißen beiden als Gratifikation für ihre Protestteilnahme eine intensive Nachberichterstattung. Beispiele hierfür liefern seit mehreren Jahren die Berichte über bevorstehende Castor-Transporte. Dabei besteht – wie Winfried Schulz, Harald Behrens und Reimar Zeh bereits anhand der Berichterstattung über den Castor-Transport nach Gorleben 1997 gezeigt haben – entsprechend der Theorie der instrumentellen Aktualisierung ein Zusammenhang zwischen der redaktionellen Linie der Medien und der Intensität ihrer Ankündigungen: Je entschiedener die Medien die Kernenergie ablehnen, desto intensiver kündigen sie die bevorstehenden Aktionen an.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die mediale Inszenierung von Protesten besitzen seit einigen Jahren die regionalen Hörfunksender, die z. B. schon lange im Vorfeld der großen Demonstrationen gegen den Castor-Transport im November 2010 und gegen Stuttgart 21 nahezu täglich in ihren Nachrichten auf bevorstehende Aktionen hingewiesen haben. Ihre Vorabberichte sind im Zusammenspiel mit den Ankündigungen anderer Medien eine neue Kraftquelle von Protestbewegungen, die man befürworten oder ablehnen kann, die aber ungeachtet dessen eine der wesentlichen Grundlagen des Journalismus untergraben.

Folgerungen

Die Berichterstattung der deutschen Medien vermittelt – was hier nicht gezeigt werden konnte – ein vielfältiges und verlässliches Bild von den Normalfällen des aktuellen Geschehens. Die Qualität ihrer Berichterstattung darüber ist auch im internationalen Vergleich gut bis sehr gut. Die meisten deutschen Medien liefern mit ihrer Berichterstattung aber gerade dann keine solide Grundlage für sachgerechte Folgerungen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

HANS MATHIAS KEPPLINGER

27. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mediendiskurs

wenn es darauf ankommt – bei drohenden Gefahren. Die Qualität ihrer Berichterstattung darüber ist auch im internationalen Vergleich schlecht. Durch die Massierung der Beiträge, die Dramatisierung der drohenden Schäden und die Ausblendung der geringen Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens rufen sie kostspielige Phantomängste hervor, die in keinem sachlich angemessenen Verhältnis zu den erkennbaren Ursachen stehen. Zudem tragen zahlreiche Medien durch ihre Ankündigungen im Vorfeld von Protesten aktiv dazu bei, dass massive Proteste gegen Pläne stattfinden, die der redaktionellen Linie widersprechen und über die sie dann entsprechend ihrer redaktionellen Linie umfangreich berichten. Ausnahmen von der fragwürdigen Berichterstattung über drohende Gefahren bestätigen auch hier die Regel. Ein Beispiel ist die Berichterstattung der meisten Medien über die Schweinegrippe. Schließlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen der Qualität der Berichterstattung einzelner Medien, die hier nicht dargestellt werden können.

Ursachen

Die Ursachen der wiederholten und detaillierten Ankündigung von Protesten gegen Vorhaben, die auch die jeweiligen Medien ablehnen, liegen auf der Hand. Hier spielen die individuellen Einstellungen und Meinungen der Journalisten sowie die kollektiven Sichtweisen der Redaktionen eine ausschlaggebende Rolle. Die Neigung dazu nimmt in dem Maße zu, in dem die Meinungsverteilungen im Journalismus homogener und die Konfliktlinien in der Gesellschaft eindeutiger werden. Sie ist deshalb z. B. bei einer schwarz-gelben Regierung ausgeprägter als bei einer schwarz-roten.

Für die skizzierte Darstellung von drohenden Gefahren gibt es mehrere Gründe. Erstens haben nur wenige Journalisten den Umgang mit Ungewissheiten gelernt. Zwar erläutern alle wichtigen Lehrbücher des Journalismus die Bedeutung der fünf Ws: „Was“ ist „wann“, „wo“, „warum“ geschehen und „wer“ war daran beteiligt? Forderungen nach Informationen darüber, wie häufig etwas geschieht, wie wahrscheinlich es ist und wie viele Menschen es betreffen könnte, ge-

hören jedoch ebenso wenig zum Kern der journalistischen Berufsausbildung und der journalistischen Berufsnormen wie die Präsentation von Daten über vergleichbare Risiken.

Zweitens sind die meisten deutschen Journalisten davon überzeugt, dass sie die Gesellschaft vor Gefahren warnen müssen. Deshalb halten mehr als zwei Drittel der Zeitungsredakteure übertriebene Darstellung von Problemen für vertretbar, wenn sie diesem Ziel dienen. Zu den Mitteln hierfür gehören die intensive Berichterstattung über Gefahren, die drastische Darstellung von möglichen Schäden und die Ausblendung ihrer meist sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten. Eklatante Beispiele liefert die Darstellung der Risiken der Kernenergie und der Gentechnik der meisten deutschen Medien.

Drittens dient die Verschleierung von Ungewissheit den Interessen der Journalisten, weil sie die Glaubwürdigkeit ihrer Meldungen erhöht. Dies geschieht nicht nur auf die zuvor skizzierte Weise, sondern auch durch den sprachlichen Hinweis, etwas sei „offenbar“, wenn es gerade nicht offenbar ist. So wird z. B. über Naturkatastrophen berichtet, die „offenbar“ eine Folge des Klimawandels sind. Wenn es wirklich offenbar wäre, könnte man sich den Hinweis sparen. Die Floskel „offenbar“ signalisiert jedoch latent genau jene Einschränkung, die sie manifest leugnet – die Ungewissheit des Geschehens – und entschuldigt so eine mögliche Falschinformation.

Viertens sind sich viele Journalisten der Problematik einer übertriebenen Darstellung von Risiken nicht bewusst. Sie besitzen aber nicht selten erhebliche unbeabsichtigte negative Nebenwirkungen. Im Falle des BSE-Skandals bestanden sie beispielsweise u. a. darin, dass 70.000 fast ausnahmslos gesunde Rinder notgeschlachtet wurden und dass in der Fleisch verarbeitenden Industrie etwa 13.000 Menschen arbeitslos wurden. Für solche Nebenwirkungen lehnen die meisten Journalisten eine Verantwortung ab, indem sie eine Wirkung ihrer Beiträge bestreiten oder weil die Übertreibungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

HANS MATHIAS KEPPLINGER

27. Juni 2011

www.kas.de

www.kas.de/mediendiskurs

nach ihrer Überzeugung einem guten Zweck dienen – der Verhinderung von Schäden.

Fünftens fördert der starke Wettbewerb zwischen den Medien fragwürdige Praktiken.

Dies trifft zu. Es ist allerdings nicht einsichtig, weshalb Journalisten fragwürdige Praktiken im Journalismus mit dem Hinweis auf den Wettbewerb rechtfertigen, den sie in anderen Bereichen – etwa dem Finanzsektor – als Ursache von fragwürdigen Praktiken kritisieren.